

Berliner Volkzeitung

Die Vermittlungsversuche des Herrenhauses.

In der Wahlrechtskommission des Herrenhauses (s. auch die Artikel in dieser Zeitung) für die Wahlreform des Reichstages, die die Wahlreform des Reichstages zum Zentrum als auch mit dem Zentrum in möglichem Maße wird. Das Zentrum aber verhält sich — vorläufig! — noch bedingt. Die „Kön. Volksz.“ schreibt unter der Überschrift: „Die Wahlrechtskommission des Herrenhauses“:

Wir sehen absolut keinen Grund, weshalb wir uns der Entzweiung der Wahlrechtskommission des Herrenhauses stellen für uns die äußerste Grenze der Zugeständnisse dar, darüber hinaus könnten wir eine Verbesserung des Wahlrechts nicht mehr erzielen. Wir würden die ganze Lage ablehnen müssen, und auch die Konvention meinen, die wir mühen es sich ernstlich überlegen, ob sie, nachdem sie in anerkennenswerter Weise zur Verbesserung des Wahlrechts sich bereit erklärt haben, nun die Hand dazu bieten sollen, eine direkte Verbesserung herbeizuführen und eine Bestimmung, die sich durch zwei Jahrzehnte hindurch bewährt hat, aus dem Sinn für nationale Selbstbestimmung abzuweichen. Unsere Haltung ist jedenfalls für bestimmt: Etwas mag die ganze Reform, die dann keine mehr wäre, scheitern.

Herr v. Bethmann-Hollweg hat heute bereits seine Meinung über die Vorlage im jetzigen Stadium geäußert. In der heutigen Sitzung der Kommission ergrieff er gleich zu Anfang das Wort, um sich gegen den Vorschlag auszusprechen, wonach fünfzigsten Änderungen des Wahlrechts nur mit Zweidrittelmehrheit in beiden Kammern möglich sein soll. Zweidrittelmehrheit ist der Kommission, die Beschränkung der Stimmverteilung auf Gemeinden mit mehr als 5000 Einwohnern nie nicht erwünscht, sie geht nicht weit genug. Man darf nun auf die Antwort des kaiserlichen Reichstages begierig sein.

Ueber die Beschlüsse der Wahlrechtskommission des Herrenhauses erfahren wir noch aus Herrenhauskreisen: Die bisherigen Beschlüsse haben vorläufig nur provisorischen Charakter und werden in der zweiten Sitzung der Kommission in der nächsten Woche mitgeteilt. Zwischen der ersten und zweiten Sitzung wird eine eintägige Pause eintreten, die zu Besprechungen mit den Fraktionen des Abgeordnetenhauses benutzt werden wird. Auf Grund dieser Besprechungen werden die Beschlüsse der zweiten Sitzung aufgearbeitet werden. Die Kommission legt den größten Wert auf das Zustandekommen einer Reform, die für längere Zeit die Kontinuität bürgerlicher Parteien zurvörderst stellt. Die Kommission hofft, ihre Arbeiten am Donnerstag zu beenden und will am Sonnabend den Bericht fertigstellen. Die zweite Plenarberatung soll zu Anfang der nächsten Woche stattfinden.

Ein sehr unfreundlicher Empfang

wurde gestern dem französischen Minister der öffentlichen Arbeiten Millerand in der ersten Wahlversammlung berichtet, die er in Paris hielt. Es kam in der Versammlung zu ersten Rundgeburgen seitens der Gemahlin und der Angehörigen der Waisen und Zöglinge. Auf dem Wege nach dem Versammlungsort war Millerand Gegenstand zahlreicher feindseliger Kundgebungen. Als der Minister gegen 9 Uhr abends die Rednertribüne bestieg, wurde er mit feindseligen Rufen begrüßt. Unter den Anwesenden befanden sich viele seiner schärfsten politischen Gegner. Auch sein sozialistischer Gegenkandidat war anwesend. Kaum hatte Millerand einige Sätze gesprochen, so stimmten die Gegner die Internationale an. Der Minister versuchte vergebens, sein Programm zu entwickeln. Möglich wurden Steine gegen die Fenster geschleudert, in deren Nähe sich der Minister Millerand auf der Rednertribüne befand. Ein Regen von Glasplitzen fiel in den Saal. Glücklicherweise wurde niemand durch die Glasplitzer verletzt. In demselben Augenblick wurden die Gaslampen zerhackt und die Anwesenden mußten in tiefer Dunkelheit den Saal räumen. Die Anhänger Millerands hatten große Mühe, den Minister vor Inanmerksamkeiten und weiteren Zwischenfällen zu schützen. Des Ergriffenen Millerands auf der Straße gab wiederum Anlaß zu neuen feindseligen Kundgebungen, sowie zu Zusammenstößen. Die Mitglieder des Wahlkomitees und die Anhänger Millerands haben eine energische Protestkundgebung gegen diese feindseligen Kundgebungen erlassen.

Nach den Seelenten die Dordarbeiter. Wie aus Bordeaux berichtet wird, beschäftigt die dortigen Dordarbeiter, sich dem Ausstände anzuschließen.

In Marseille sind die Dordarbeiter von den im Streik befindlichen Seelenten aufgefordert worden, sich jeder Arbeit zu enthalten, die die Behandlung der Waren auf den Kreis betrifft.

Die Gulliver-Resolution angenommen.

Wie aus London berichtet wird, hat das englische Unterhaus in seiner gestrigen Sitzung die von dem Premierminister Asquith eingebrachte Gulliver-Resolution, durch die die Debatte über das vorjährige Budget auf fünf Tage beschränkt wird, mit 345 gegen 252 Stimmen angenommen.

In der Debatte trat der Führer der freien Redemänner von den lauten Beifall der Ministerialen und der Nationalisten für die

Der Kampf im Baugewerbe.

Eine stark besuchte öffentliche Versammlung der Stufarbeiter in Groß-Berlin, die gestern abend im großen Saal des Gemeindefestsaales stattfand, beschäftigte sich mit der gegenwärtigen Lage im Baugewerbe und mit der speziellen Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Stufarbeiter. Der Sekretär, Bevollmächtigter Bengels vom Zentralverband der Stufarbeiter, schilderte die Entwicklung des gegenwärtigen Kampfes im Baugewerbe, der auch für die Stufarbeiter von größter Bedeutung ist, da sie in erster Linie davon in Mitleidenschaft gezogen werden. Auch für Berlin sei die Gefahr einer Ausbreitung der Stufarbeiterkämpfe zu befürchten. Die Berliner Stufarbeiterbewegung sei in 88 Bezirken 107 Stufarbeiter neben 92 Lehrlingen beschäftigt. Die Arbeitslosigkeit habe sich hier vermehrt, denn im Vorjahr seien zu gleicher Zeit 45 Gehilfen weniger beschäftigt gewesen. 487 Stufarbeiter sind gegenwärtig auf 185 Bauten von 97 Gehilfen tätig. Auf 106 Bauten arbeiten tätig seien. Die Arbeitslosigkeit werde also künftig zurückgehen. Die Stufarbeiter werden also künftig arbeiten, hätten sich die Arbeitsverhältnisse in letzter Zeit immer mehr verschlechtert. Nach dem Willen der Baugewerkschafter gingen auch die Unternehmer im Stufarbeiterkampf ein. Die freie Stunde am Sonnabend vom Lohn abzugeben. Das werde sich die Organisation nicht gefallen lassen. Auch sonst würden die tariflichen Bestimmungen wenig eingehalten, und es habe sich herausgestellt, daß fast ein Drittel aller Gehilfen nicht den tariflichen Lohn erhalte. Diesen Zuständen müsse ein Ende gemacht werden, wenn nicht die Stufarbeiter bei dem bevorstehenden Kampf im Berliner Baugewerbe ihren Tarif überhaupt aufs Spiel setzen wollten. Nach lebhafter Diskussion wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in der es heißt:

Die Verammlung spricht den gegen die einseitige Festlegung der Arbeitsbedingungen kämpfenden Bauarbeitern alle Sympathie aus. Die Bauarbeitern bestätigen sich weiter, den in letzter Zeit mehr und mehr um sich greifenden Mißständen in ihrem Beruf energig entgegenzutreten und zu diesem Zweck die Organisation der Stufarbeiter mit allen Kräften zu stärken.

Der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe des Kreises Griesheim und der Städte Frankfurt und Riedelberg hat seine Baugeschäfte am 15. dieses Monats geschlossen und in einem Flugblatte die Arbeitgeber erklärt. Die angelernten Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter nicht beschäftigen zu wollen, selbst wenn diese den Beweis erbringen, daß sie aus der Organisation ausgetreten sind, wie es schon von dem Zentralverband in Hamburg empfohlen ist, um letzter Arbeit zu finden, sie einzustellen in allen bestehenden Maurer-, Zimmerer- und Bauhilfsarbeiten, die der Organisation angehören oder bisher angehört, möglichst sofort aus der Arbeit zu entlassen.

Weniger rabiat geht es in industriell entwickelten Gegenden zu. Nach dem angeblichen Zahlenbericht sind von den 9100 organisierten Bauarbeitern in Leipzig nur 5000 ausgerechnet worden, nämlich von 4500 organisierten Maurern 2500 von 1000 organisierten Zimmerern 1000 und von 3000 organisierten Bauhilfsarbeitern 1500. In ganz Sachsen sollen die Bauhilfsarbeiter in der Woche vorgenommen werden, wie sie beschließen würde. Die Maurer- und Zimmermeister der Gemeinde Wellerode haben wie uns aus Eisenberg telegraphisch wird, einstimmig eine Resolution angenommen, in der sie erklären, die Ausbreitung der Ausbreitung auf den dortigen Bezirk vorläufig nicht für erforderlich zu erachten und eine kleine Lohnverhöhung unter den bisherigen Bedingungen für angebracht zu halten. Die Arbeitgeber des Baugewerbes in Eisenberg-Eppe beschließen, wie uns telegraphisch wird, ebenfalls der Ausbreitung ein.

Der Führer der Opposition Alfons rügte den Handel, den angeblich die Regierung mit den Zaren abgeschlossen habe. Der Premierminister Asquith befreit in bestimmter Weise, das irgend ein Handel stattgefunden habe.

Die Erinnerung an blutige Ereignisse wird durch den aus Belgien gemeldeten Tod des Obersten Maschinengewehrs. Der Heldentat hatte hervorragenden Anteil an der Verteidigung gegen den König Alexander und die Königin Draga im Jahre 1903, in er galt als der Führer und das Haupt der serbischen Königsarmee. König Peter und die serbische Regierung haben es, wie bekannt, nicht gewagt, die an der Ermordung des serbischen Königspaares beteiligten Offiziere zur Verantwortung zu ziehen.

Der Fall Zickel vor dem Bezirksauschuss.

Vor dem Bezirksauschuss kamen heute die unliebsamen Dinge zur Verhandlung, die dem Polizeipräsidenten veranlassen gegen den Theaterdirektor des Lustspielhauses Dr. Martin Zickel die Entziehung der Spielkonzession zu beantragen. Der Eintritt in die Verhandlung regte der Vorsitzende Verwaltungsgerichtsdirektor Siebert die Frage an, ob es nicht der Lage der Sache angebracht sei, die Öffentlichkeit für die Dauer der ganzen Verhandlung oder doch wenigstens für einen Teil auszusperren. Es ist ein Antrag des Präsidenten der Bühnengesellschaft Hermann Rissen eingegangen, der darum bittet, auch in diesem Falle der Verhandlung fernzuhalten zu können. Der Vertreter des Beklagten, Rechtsanwalt Arthur Wolff, widerspricht diesem Antrage.

Abzusehen, da dort noch ein bis 1911 laufender Tarifvertrag besteht.

Aus Polen wird uns gemeldet, daß die Unternehmer in der Provinz eine Bitte artikulieren liegen, in der die Bauarbeiter zum Austritt aus den Organisationen aufgefordert werden und ihnen dann Arbeit zugesichert wird. Die Arbeitnehmer verweigerten jedoch darauf. Der polnische Verband gibt die Zahl seiner ausgegrenzten Mitglieder in der Provinz auf 1200 an.

Der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe der Provinz Westfalen hat gestern abend einen Appell an die Öffentlichkeit gerichtet, der folgendermaßen lautet:

Unser Bemühen, auf friedlichem Wege zu einem Tarifabschluß zu gelangen, sind trotz unseres Entschlossens gescheitert. Das Streben der Gewerkschaftsführer geht dahin, die Autorität des Arbeitgebers zu untergraben. Solange wir für die Ausführung der von uns übertragenden Arbeiter und die beteiligten Bauarbeitern haften müssen, können wir unter keinen Umständen Konzessionen machen. Außerdem wird trotz stetiger Erhöhung der Arbeitslöhne eine immer weitergehende Verfestigung der Arbeitsverhältnisse in unserem Interesse, sondern mit Rücksicht auf die deutsche Industrie und Banndarstellung. Die Gewerkschaften unter allen Umständen an ihren Forderungen festhalten, haben wir unsere Betriebe geschlossen. Wir wenden uns an die Behörden und das brennende Publikum mit der Bitte, uns in dem Kampfe zu unterstützen, insbesondere Nachsicht zu üben mit der Fertigstellung der Bauten.

In diesem Appell an die Öffentlichkeit werden die Dinge einfach auf den Kopf gestellt, denn die Arbeitnehmer haben weder Arbeitszeitverkürzung noch Lohnverhöhung verlangt; sie haben überhaupt keine Forderungen gestellt. Solche Verdrehung der Tatsachen trägt sicher nicht zu einer baldigen friedlichen Beilegung des Kampfes bei.

Warum?

Warum sind, so fragt der „Grundstein“, die Verhandlungen unter dem Vorhänge des Geheimen Regierungsrats Dr. Wieseler in Berlin geheimer?

Hören wir, was der Arbeitgeberbund auf diese Frage zu sagen hat. Er hat zweierlei Antworten darauf, eine für die Öffentlichkeit, eine andere für seine Mitglieder, wenn er sich nicht genug abgespeert glaubt. Die erste lautet:

Die vom Reichsamt des Inneren am 8. April eingeleiteten Einigungsverhandlungen sind ergebnislos verlaufen, weil die Vertreter der Arbeiterorganisationen auch hier keinerlei Entgegenkommen zeigten. Das ist die offizielle Erklärung, die der Arbeitgeberbund jedem gibt, der sie haben will, die er in hunderten von Druckabgaben an die Presse verwendet, damit die Welt erkenne, wozu Unfähigkeit und Sturheit ist. Die zweite Antwort lautet etwas anders: nämlich:

Wir haben bei den Verhandlungen am 8. April unter dem Vorhänge des Geheimen Regierungsrates die Frage der Arbeitszeit und unserer Lohnverhöhung nicht nur durch die Verhandlungen, sondern durch die Verhandlungen scheitern müssen. Das ist uns auch glänzend gelungen!

Diese Erklärung gilt natürlich nur für Eingeweihte, für die Leute, die die streng geschlossenen Generalversammlungen der Arbeiterorganisationen besuchen. Die Antwort hat der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe in den öffentlichen-öffentlichen Industriegebieten, der Architekt Fritz in einem kleinen Mitgliedsblatt in der Generalversammlung in der „Volkzeitung“ am 9. April gegeben. Wenn man also zum einmal die Frage aufwirft, warum die Einigung gescheitert ist, so wird man nicht stehen: Fritz ist Mitglied des Bundesverbandes, als solches unterzeichnet er eine für die Öffentlichkeit bestimmte Erklärung, die das Scheitern der Einigungsverhandlungen in Wahrheit zur Last legt, und dann fährt er zum Duffelord und legt zu seinen Mitgliedern: Die Sache war verdammt knapp! Meinungs wäre es zu einer Einigung gekommen, die Gefahr wäre groß! Aber wir waren schon genug, dies Unheil zu verhindern.

Man weiß man wenigstens authentisch, wie es zum Kampf gekommen ist.

Der Gerichtshof beschließt, die Öffentlichkeit vorläufig nicht auszusperren, da zunächst kein Grund vorliegt, der eine Gefährdung der Öffentlichkeit befürchten läßt. Das Gericht behalte sich aber vor, für einen Teil der Verhandlung die Öffentlichkeit auszuschließen.

Als Vertreter des Polizeipräsidenten ist Regierungsrat Berger anwesend.

Der Klage liegt folgender Sachverhalt zugrunde. Am 22. April 1904 hatte der Polizeipräsident von Dr. Zickel die Erlaubnis erteilt, im Lustspielhaus Theateraufführungen usw. zu veranstalten. Mit dieser Klage beantragt der Polizeipräsident auf Grund des § 83 der Reichsgewerbeordnung die Zurückziehung dieser Erlaubnis. Der Beklagte gewährt nicht mehr die stichtische, artistische und finanzielle Sicherheit, die bei ihm vorausgesetzt war. Die Angelegenheit ist zur Kenntnis der Polizei durch eine Anzeige des Reichstheaterbureau der Gesellschaft Teutischer Bühnengestaltung gelangt.

Die angelegten Ermittlungen haben nach polizeilicher Auffassung zu folgendem Resultat geführt: Zunächst stellte es sich heraus, daß Zickel ein langjähriges Verhältnis zu einer seiner Schauspielern, Fraulein Grete Fries unterhalten habe. Außerdem soll Dr. Zickel sich nach der Klagefrist von Frau Fries die Summe von 20000 Mark geliehen haben. Weiter wird Zickel beschuldigt, auch mit anderen Schauspielern unehrenhafte Verhältnisse unterhalten zu haben; er soll unter anderem auch auf mehrere Schauspielern in seinem Bureau unethische Angelegenheiten unternehmen haben. Nach der Ansicht des Klägers müßten alle diese Tatsachen den Beklagten unfähig, weiter das Amt eines Theaterdirektors führen zu können. Die Unzuverlässigkeit, die man vor allem in Hinblick auf einen Theaterdirektor voraussetzen müßte, fehle. In seiner Klagefrist behauptet sich der Kläger auf ein Urteil des Bezirksauschusses, in dem alle diese Verhältnisse als Vorbedingung für die Befähigung eines Theaterdirektors